



SoVD
Sozialverband
Deutschland

Soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt, Rente, Gesundheit – wofür stehen die Kandidatinnen und Kandidaten für das 9. Europäische Parlament?

So antworteten die Parteien auf die Wahlprüfsteine des SoVD



SoVD
Sozialverband
Deutschland

Vom 23. bis zum 26. Mai findet in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Wie in den meisten anderen Ländern geben die Menschen in Deutschland am 26. Mai ihre Stimme ab. Neben dem geplanten Austritt Großbritanniens stellen dabei auch die Folgen der Finanz- und Flüchtlingskrise die EU vor eine Bewährungsprobe. Für den SoVD gehören Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit zusammen – auch in einem geeinten Europa. Der Verband ist der festen Überzeugung, dass es nur durch einen starken Zusammenhalt der EU-Länder gelingen kann, aktuelle und künftige Herausforderungen zu bewältigen. Vor diesem Hintergrund hat der SoVD den Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl des Europaparlaments Wahlprüfsteine zukommen lassen. Die darin enthaltenen Fragen sowie die Antworten der einzelnen Parteien drucken wir auf den folgenden Seiten auszugsweise in der SoVD-Zeitung ab. Die ausführlichen Antworten auf die Wahlprüfsteine des SoVD finden Sie online unter: www.sovd.de/europawahl2019.

Soziale Sicherheit

Der SoVD setzt sich ein für ein Europa der sozialen Sicherheit, in dem Wirtschafts- und Sozialpolitik gleichgewichtig sind. Soziale Gerechtigkeit sichert Frieden und trägt entscheidend zur Stabilität Europas bei.

Sind Sie mit uns der Meinung, dass EU-weit einheitliche soziale Mindeststandards für die Bereiche Armutsbekämpfung, Zugang zu sozialen Diensten, Zugang zu Grundbildungsleistungen sowie Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter in den EU-Mitgliedstaaten Anwendung finden müssen?

Unser Leitbild für Europa ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie ermöglicht Wohlstand, soziale Sicherheit und dient den Menschen. (...) Die Kompetenz für die Sozialsysteme muss – auch im Sinne des Subsidiaritätsprinzips – bei den Mitgliedstaaten bleiben.

Ja. Da die Beschäftigungs- und Sozialpolitik nach wie vor insbesondere Zuständigkeit der Mitgliedstaaten ist, ist die Festlegung von gemeinsamen sozialen Mindeststandards eines der wichtigsten Handlungsinstrumente der Europäischen Union.

Wir machen uns stark für eine europäische Grundsicherungsrichtlinie, die soziale Mindeststandards für jedes Land festlegt. Die Mindeststandards sollten sich an der wirtschaftlichen und sozialen Situation des jeweiligen Landes sowie der EU-Armutdefinition orientieren.

Ja. Die Linke fordert: Soziale Menschenrechte müssen bedingungslos für alle Menschen in der EU gelten (...). Gemeinsame Standards muss heißen: Von den

Errungenschaften der jeweiligen Länder aus geht es nur nach oben. Eine Angleichung nach unten muss ausgeschlossen sein.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sind für uns Freie Demokraten im Kern Aufgaben der Mitgliedstaaten und sollten dies auch bleiben. Einer Einführung von EU-weit einheitlichen Mindeststandards stehen wir daher kritisch gegenüber.

Finanzierung

Der Abbau der „Staatschulden“ als eine Folge der öffentlich finanzierten Bankenrettung wurde und wird mit Maßnahmen finanziert, die auf dem Rücken der Bevölkerung stattfinden. Diese Sparmaßnahmen haben viele nationale soziale Sicherungssysteme massiv gefährdet und für große Teile der Bevölkerung verheerende Auswirkungen mit sich gebracht. Besonders betroffen sind die südeuropäischen Mitgliedstaaten.

Nach wie vor ist die EU gekennzeichnet durch große Unterschiede der Mitgliedsländer bei Wohlstand, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Staatsverschuldung. Mittelfristig muss es Ziel sein, diese Unterschiede zu überwinden. Denn eine gleichmäßige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit



Foto: Rawf8/fotolia

Wahlberechtigt in Deutschland ist, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat.

in den Staaten der EU baut Wohlstandsunterschiede ab und ist eine Voraussetzung für gemeinsame Systeme sozialer Absicherung.

Machen Sie sich mit uns für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer als Instrument für Verteilungsgerechtigkeit stark, damit die Verursacher der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise an den Kosten angemessen beteiligt werden?

Wir wollen die Bankenunion und die Kapitalmarktunion unter Stabilitätsaspekten weiterentwickeln. (...) Bankenrettungen aus Steuermitteln lehnen wir ab. Zudem wollen wir eine Finanztransaktionssteuer im europäischen Kontext mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz einführen.

Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer nach dem Vorbild der französischen Finanztransaktionssteuer in der EU einführen. (...) Die Einnahmen dieser Steuer könnten teilweise in das Budget der EU fließen und die nationalen Beiträge im EU-Haushalt senken.

Wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer, die sowohl Aktien und Anleihen als auch Derivate in der EU besteuert. (...) Ohne die Besteuerung von Derivaten wird der Schaden von spekulativen Übertreibungen an den Finanzmärkten weiterhin auf die Gesellschaft abgewälzt.

Ja. Der Hochfrequenzhandel an der Börse muss ausgebremst werden. Dafür richten wir endlich eine umfassende Finanztransaktionssteuer von 0,1 Prozent ein, die schädliche Spekulation eindämmt, ohne realwirtschaftlichen Investitionen zu schaden.

Wir Freie Demokraten halten

die Einführung einer Finanztransaktionssteuer für falsch, da eine solche Abgabe Sparrenten und Sparer, die Altersvorsorge sowie die Realwirtschaft belasten würde.

Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosigkeit ist in vielen EU-Mitgliedstaaten mit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise rasant angestiegen. Auf europäischer Ebene müssen daher schlüssige Konzepte für eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik entwickelt werden, um mehr und bessere Arbeit zu generieren.

Eine humane Gestaltung der Arbeitswelt muss ein wesentlicher Aspekt bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sein. Viele Menschen arbeiten in der EU unter unwürdigen und prekären Bedingungen und erleiden dadurch erhebliche gesundheitliche Nachteile. Darüber hinaus brauchen wir europaweit gesetzliche Mindestlöhne, die bei Vollzeitbeschäftigung eine angemessene Lebensführung, Teilhabe und eine angemessene Rente gewährleisten.

Werden Sie sich für die Einführung von Mindestlöhnen und die Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse in allen EU-Mitgliedstaaten einsetzen?



Foto: Rawf8/fotolia

In Griechenland dagegen ist der Urnengang bereits ab dem 17. Geburtstag möglich.



Foto: Rawpixel.com/fotolia

Über insgesamt vier Tage verteilt wird in den EU-Mitgliedsländern gewählt. Der Wahltag wird dabei entsprechend den nationalen Gepflogenheiten festgelegt. Für die Menschen in Deutschland bleibt es somit also wie gewohnt bei dem sonntäglichen Besuch des Wahllokals.

Arbeitnehmer sollen überall in der Europäischen Union zu fairen Bedingungen arbeiten können. Deshalb gehen wir gegen europäisches Lohndumping vor. (...) Generell gilt: Wichtige Bereiche der Sozialpolitik, so auch die Festlegung von Mindestlöhnen, liegen in der Hand der Mitgliedstaaten.

Ja, wir fordern einen Mindestlohn von 12 Euro in Deutschland und länderspezifische Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten. (...) Die mindestens 60 Prozent des nationalen Medianlohns betragen und so besser vor Armut schützen.

Für uns ist die Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung essenziell. Deshalb setzen wir uns für eine Grundversicherung für alle Menschen und europaweite Mindestlöhne ein.

Ja. Wir treten für eine verbindliche europäische Mindestlohnregelung ein. Alle EU-Staaten werden dazu verpflichtet, armutsfeste, existenzsichernde gesetzliche Mindestlöhne einzuführen.

Die Ausgestaltung der Lohnpolitik im Allgemeinen und von Mindestlöhnen im Besonderen kann nur durch nationale Tarif- und Arbeitsmarktpolitik erfolgen. Gerade die Arbeitsmärkte sind so abhängig von den unterschiedlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eines Landes, dass eine einheitliche europäische Regelung nicht zielführend wäre.

Jugend

Obwohl sich die wirtschaftliche Lage zurzeit in vielen europäischen Ländern von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu erholen scheint, sind etwa ein Fünftel aller Jugendlichen in Europa arbeitslos. Soll ein geeintes Europa aber eine Zukunft besitzen, müssen die jungen Menschen die Chance zur Gestaltung ihrer Zukunft haben. Hierfür sind Grundvoraussetzungen die Chance auf eine gute (Aus-)Bildung und eine gute anschließende Arbeitsstelle mit angemessenen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt.

Wie sieht Ihr mittel- und langfristiges Konzept zur effektiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von jungen Menschen aus?

Arbeitslosenquoten von jungen Leuten von über 40 Prozent, wie in einigen süd-europäischen Krisenländern, sind besorgniserregend.



Foto: Rawf8/fotolia

Zur EU-Wahl in Österreich dürfen auch schon 16-Jährige ihre Stimme abgeben.

Die Einführung der dualen Ausbildung hatte in Spanien nachhaltigen Erfolg. Die unionsgeführte Bundesregierung kann diesen Neustrukturierungsprozess mit ihren Erfahrungen in vielfältiger Weise unterstützen.

Die Jugendgarantie muss als Selbstverpflichtung der EU-Mitgliedsländer fortgesetzt werden. Ziel der Initiative ist es, allen jungen Menschen unter 29 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben, die Möglichkeit auf einen Arbeitsplatz, Aus- und Fortbildung oder ein Praktikum zu gewährleisten.

Gerade junge Menschen sind oft in besonders starkem Maße von prekärer Beschäftigung, unbezahlten Praktika, Arbeits- und Perspektivlosigkeit betroffen. Wir wollen die Ausbeutung junger Menschen beenden und ihnen soziale Sicherheit bieten. Deshalb setzen wir uns für faire Löhne und Arbeitsbedingungen ein und fordern, dass Praktika verpflichtend entlohnt werden.

Wir streiten dafür, ein Beschäftigungsziel für die EU gesetzlich festzuschreiben: Unser Beschäftigungsziel ist Vollbeschäftigung. (...) Die Mittel für die Jugendgarantie müssen erhöht werden. Dafür wollen wir in Bildung und Weiterbildung investieren, sozial und ökologisch sinnvolle Innovationen fördern und öffentliche Beschäftigung stärken.

In Zeiten von Jugendarbeitslosigkeit einerseits und Fachkräftemangel andererseits brauchen wir funktionierende Austauschmöglichkeiten in der EU. Deshalb sind wir überzeugt von der Idee eines gemeinsamen Berufsausbildungsagenturs (EAA) gründen, welche freie Ausbildungsplätze in anderen EU-Mitgliedstaaten vermittelt.

Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen sind von sozialer Benachteiligung, Ausgrenzung und Diskriminierung in besonderer Weise bedroht und können ihre Rechte und Grundfreiheiten in der EU oft nur eingeschränkt wahrnehmen. Der SoVD setzt sich dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen in der gesamten EU barrierefrei kommunizieren, mobil sein sowie beruflich und sozial teilhaben können.

Welche Initiativen unterstützen Sie zur Umsetzung der durch die EU ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention?

Mit dem Bundesteilhabegesetz haben wir einen wichtigen Schritt zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention getan. Seine Umsetzung werden wir in den kommenden Jahren weiter begleiten und gleichzeitig die Teilhabe weiter fördern.

Eine wichtige Initiative ist die Europäische Strategie zugunsten Menschen mit Behinderungen (2010–2020) als Hauptinstru-

Setzen Sie mit Ihrer Stimme ein Zeichen!

Am 26. Mai 2019 wählt Deutschland seine 96 Abgeordneten für das neue Europäische Parlament. Die Europawahl fällt in bewegte Zeiten. Globale Kräfteverhältnisse haben sich verändert. Europa sieht sich antieuropäischen Kräften gegenüber, die die Europäische Union und damit das Friedensprojekt Europa infrage stellen. Bewährte Bündnisse lösen sich auf. Der geplante Austritt von Großbritannien aus der Gemeinschaft wie auch die Folgen der Finanz- und Flüchtlingskrise stellen die Europäische Union vor eine Bewährungsprobe.

Für uns als Sozialverband ist Europa viel mehr als ein gemeinsamer Binnenmarkt oder eine Währungsunion, die dazu beigetragen hat, den Wohlstand vieler Europäerinnen und Europäer zu mehren. Für uns ist ein geeintes Europa seit vielen Jahrzehnten Garant des Friedens. Aus der schmerzlichen Erfahrung der Unterdrückung unseres Verbandes während der NS-Diktatur wissen wir: Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Für uns zeichnet sich Europa auch durch gemeinsame Werte aus: Inklusion, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität prägen den europäischen Lebensstil.

Der Einfluss von politischen Entscheidungen auf EU-Ebene hat für die Mitgliedstaaten auch im Bereich der Sozialgesetzgebung deutlich zugenommen. Eine Vielzahl von EU-Regelungen hat in der letzten Legislaturperiode zu sozialen Verbesserungen beigetragen, z. B. beim Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, bei der Gleichstellung von Frauen und Männern oder im Bereich der Barrierefreiheit. Klar ist für uns auch: Entscheidungen auf europäischer Ebene dürfen nicht zu einer Verschlechterung sozialer Standards in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten führen. Die Unterzeichnung der Europäischen Säule Sozialer Rechte war ein wichtiger Schritt, um die soziale Dimension der EU zu stärken und europaweite soziale Mindeststandards zu etablieren. Nun müssen weitere Initiativen folgen. Denn: Soziale Gerechtigkeit sichert Frieden und trägt entscheidend zur Stabilität Europas bei.

Wir sagen: Nur durch einen starken Zusammenhalt der EU-Länder kann es gelingen, die aktuellen und künftigen Herausforderungen zu bewältigen. Wir müssen weiter an den Brücken bauen, die den europäischen Zusammenhalt stärken und die soziale Sicherheit der Menschen verbessern.

Setzen Sie mit Ihrer Stimme ein klares Signal für ein friedliches und demokratisches Europa!



Foto: Grecaud Paul/fotolia

Dem EU-Parlament gehören derzeit 751 Mitglieder an. Mit dem Austritt des Vereinigten Königreiches sinkt diese Zahl auf 705.